

Anlegerschutz-Anwälte

Brandheiße Sache

Foto: HJ Buchholz

Unseriöse Akquisition, Teil Zwei: Anwälte, die mit Rundschreiben und **Mailing-Aktionen** auf ihre Dienstleistung aufmerksam machen, geraten leicht in **Konflikt mit dem Gesetz.**

Von Oliver Renner

Bereits in **Cash**-Ausgabe 4/2006 wurden unter der Überschrift „Anleger am Haken“ werberechtlich bedenkliche Methoden von Rechtsanwälten bei der Akquisition von Anlegern als Mandanten dargestellt. Das Thema soll vor dem Hintergrund aktueller Urteile an dieser Stelle weiter vertieft werden.

Zurzeit sind in Deutschland mehr als 130.000 Rechtsanwälte zugelassen, jedes Jahr kommen 5.000 bis 8.000 junge Anwälte hinzu. Zulassungsbegrenzungen oder andere Zugangshürden sind nicht in Sicht. Mithin besteht ein hart umkämpfter Markt bei der Werbung um potenzielle Mandanten.

Klarer Verstoß gegen...

Vor allem in den letzten Jahren ist verstärkt zu beobachten, dass Rechtsanwaltskanzleien sich auf „Anlegerschutzrecht“ spezialisieren und um Anleger werben, die sich an Kapitalanlagen beteiligt haben. Entstehen oder bestehen bei einer Kapitalanlage – teilweise auch nur scheinbar – Probleme, treten jene Kanzleien auf den Plan und wenden sich gezielt mit Informationen an die Öffentlichkeit.

Gelegentlich werden Anleger auch direkt angeschrieben und zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Solche Rundschreiben können indes eine

unzulässige Werbung darstellen. Dabei kommt es nach dem Beschluss des Landgerichts Berlin vom 22. Juni 2006 (Az.: 16 O 566/06) nicht darauf an, dass der Rundbrief keine unmittelbare Aufforderung zur Mandatserteilung enthält. Eine Rolle spielt, so das Landgericht, allein die Wirkung beim Adressaten. Wenn ein „Appell zur Mandatierung“ gegeben ist, liegt bereits eine unzulässige Werbung vor.

Bevor Anleger angeschrieben werden können, müssen die Anwälte über deren Adressen verfügen. Oftmals verschaffen sie – oder eingeschaltete Interessengemeinschaften – sich jene Listen aus dem Handelsregister. Da Letztere aber nicht die Straße und Postleitzahl der Privatanschrift der Gesellschafter enthalten, müssen diese Daten für die Mailing-Aktionen mit Hilfe von im Handel erhältlichen Systemen akquiriert werden.

Ein solches Vorgehen ist aus Akquisitionsgesichtspunkten effizient: Durch gezieltes Anschreiben entsteht kein Streuverlust im Rahmen der Werbekampagne. Anlegerlisten sind daher für solche Mailing-Aktionen begehrt – allerdings sind sie unter rechtlichen Gesichtspunkten eine heiße Ware.

Es könnte nämlich ein Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorgaben gegeben sein. Das Bundesdatenschutzamt kann dagegen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren nach Paragraph 43 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) einleiten oder nach Paragraph 44 Abs. 2 BDSG einen Strafantrag stellen. Zwar ist nach Paragraph 9 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) die Einsicht des Handelsregisters jedem zu Informationszwecken gestattet. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen kann von

den Eintragungen eine Abschrift gefordert werden. Der im HGB normierte Informationszweck bezieht sich insbesondere auf die Publizität des Handelsregisters nach Paragraph 15. Jedoch ist von der Intention des Paragraphen 9 HGB die Datenabfrage zur Akquisition von Mandaten nicht gestattet.

...Datenschutz-Vorgaben

Wenn die mit der Privatadresse aufbereiteten Daten von Rechtsanwälten gespeichert werden, um jene sodann für eine Mailing-Aktion zu verwenden, verstößt dies gegen Paragraph 4 Abs. 1 BDSG. Danach sind Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten nur zulässig, soweit das BDSG oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaubt oder anordnet oder der Betroffene eingewilligt hat. Paragraph 4 Abs. 1 BDSG konstituiert für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Damit ist festzuhalten: Da in der Regel für die Datenspeicherung und -nutzung der auch schon rechtswidrig erhobenen Daten keine diese rechtfertigenden Rechtsvorschriften ersichtlich sind, verstoßen Rechtsanwälte bei einem solchen Vorgehen gegen datenschutzrechtliche Vorgaben.



DER AUTOR

Oliver Renner ist Rechtsanwalt der Kanzlei Wüterich Breucker, Stuttgart, und Mitglied im Rechtsforum Finanzdienstleistung e.V.